

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 70 Pfg. Restl. bei Plagvorchrift 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postkontonr. Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Abbruch des Eisenbahnerstreits im Bezirk Frankfurt a. Main.

Der Eisenbahnerstreik im Westen. Beilegung des Eisenbahnerstreiks im Bezirk Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner beschloß am Sonntagnachmittag, den Streik abzubrechen, und nahm dazu auf Grund der von den Vertrauensleuten der verschiedenen Versammlungen gefassten Beschlüsse eine Resolution an, in der es heißt: Der Abbruch des Streiks wird empfohlen; die Forderungen werden aufrechterhalten und die gesamte Kollegenchaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzustellen.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Sonntag, abends gegen 10 Uhr, hatte die Streikleitung die gesamten Linien freigegeben und von dieser Stunde ab konnten die Nah- und Fernzüge wieder ein- und ausfahren, aber an ein sahrplanmäßiges Verkehren war in der Nacht noch nicht zu denken, auch deshalb, weil das zerstreut wohnende Personal noch nicht zur Stelle sein konnte. Die meisten Arbeiter und Beamte werden erst am Montag Kenntnis von dem Beschluß der Streikleitung erhalten. Immerhin konnte schon im Laufe der Nacht eine ganze Reihe von Zügen abgefahren werden. Der sahrplanmäßige Verkehr wird erst am Montagvormittag beginnen können.

Darmstadt, 6. Juli. Die hiesigen Eisenbahner beschlossen heute nachmittag, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Verhandlungen in Hannover.

Hannover, 6. Juli. Zur Streikfrage im Eisenbahnbetrieb wird heute abend mitgeteilt, daß sich diese gegen heute vormittag etwas verschärft hat. Einzelne Züge fahren noch. Der Personenverkehr wird ungefahr zur Hälfte aufrechterhalten. Es ist aber zweifelhaft, ob er sich weiter in demselben Maße wird durchföhren lassen. Güterzüge verkehren nur in ganz beschränktem Umfang. Die streikenden Arbeiter haben erklärt, daß Lebensmittelzüge durchgelassen werden.

Hannover, 6. Juli. (M. T. N.) Die Streikfrage hat sich gegen gestern nicht wesentlich verändert. Die Züge nach und von Berlin werden über Lebn- über Braunschweig- über Helmstedt, da die Strecke über Lehrte von den Streikenden gesperrt ist. Die Züge nach Hamburg gehen über Soltau.

In einer von der Streikleitung heute vormittag nach der Stadthalle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschlieung angenommen, nach der morgen abend 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollen zwischen den Streikenden, der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuß, Vertretern des Magistrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftsartikels.

Bahnhof Wittenberge von Regierungstruppen besetzt.

Wittenberge, 7. Juli. (Z. U.) Anlässlich des am Freitagabend begonnenen Aufstandes in den Hauptwerkstätten der Eisenbahn und des Güterbahnhofes Wittenberge, wodurch der Transport der Lebensmittelzüge vollkommen unterbunden wurde, sind Regierungstruppen am gestrigen Sonntag morgen dort eingetroffen und haben den Güterbahnhof besetzt. Die technischen Truppen haben zusammen mit den Beamten, Zugführern usw. den Dienst aufgenommen. Am gestrigen Sonntagnachmittag konnten bereits die ersten Züge wieder abgefahren werden.

Die Essener Eisenbahner lehnen den Streik ab.

Dortmund, 7. Juli. (Z. U.) Die Eisenbahner des Direktionsbezuges Essen haben es abgelehnt, in den Aufstand zu treten.

Bevorstehende Entscheidung in Hamburg.

Hamburg, 6. Juli. Eine Versammlung der Eisenbahner, die sich am Sonnabend mit den bekannten Berliner Forderungen beschäftigte, kam zu keinem Beschluß. Am Montag soll in einer Eisenbahnerversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Hamburger Eisenbahner erfolgen.

Belagerungszustand gegen die Durchführung der Höchstpreise.

Vaderborn, 7. Juli. (M. T. N.) Infolge der hohen Lebensmittelpreise kam es am Sonnabend auf dem hiesigen Wochenmarkt zu scharfem Vorgehen der Volksmenge gegen die Verkäufer, die gewonnen wurden, die Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen abzugeben. Die gleiche Mahnung fand in verschiedenen Geschäftshäusern Anwendung, wo die Waren unter Aufsicht von Volksbeauftragten zu herabgesetzten Preisen verkauft wurden. Die Kundgebungen dauerten bis in die Abendstunden hinein. Das große Proviantamt war militärisch besetzt, um es gegen Angriffe und Plünderungsversuche zu schützen. Ueber Vaderborn wurde der verhängnisvolle Belagerungszustand verhängt, ebenso über Dönhäusen, wo ähnliche Unruhen ausgebrochen sind.

Unruhen in Kattowitz.

Heute, 7. Juli. Wie die Ostdeutsche Morgenpost aus Kattowitz berichtet, kam es dort am Sonntag, nachm. 2 Uhr, zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenkundgebung, durch die gegen die

Bestehung Oberschießens durch die Armees Haller Einspruch erhoben und dem Wunsche Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberschießen durch amerikanische Truppen besetzt werde. Wegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten und Soldaten des Grenzhufes gingen die aus der weiteren Umgebung zum Teil auf Leiterwagen nach Kattowitz gekommenen Polen gewalttätig vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzte zu verzeichnen.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Bern, 5. Juli. Avanti meldet aus Florenz: Die Arbeiterschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erhebungsgebietes übergeben, weil sich die Disziplin der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen hat.

Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht, bemerkt Avanti, wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigert sich, die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen brüdischen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt. Dem Beispiele der Romagna wird das übrige Italien folgen. In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Forderung dadurch zuvorkommen, daß sie kurzer Hand 21 bekannte Lebensmittelhändler ins Gefängnis werfen ließ.

Amsterdam, 6. Juli. Times, melden aus Mailand: Die Regierung der Bevölkerung über die Forderung breitet sich von den Distrikten der Romagna, Emilia und von Toscana aus allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ersten Unruhen geführt. In Ancona bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Plünderungen nehmen in der Romagna und Emilia einen ersten Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der brüdischen Sozialistengruppen und der republikanischen Vereinigungen über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf der Lebensmittel übernommen. Agenten dieser Vereinigungen mit roten Binden um den Arm haben auf den Wegen nach der Stadt Posten gesetzt, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten nehmen auch alle Automobile, die sie aufstreifen können, in Beschlag, beneben sich damit auf platte Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefahr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen diese Bewegung.

Paris, 6. Juli. Gestern war nach Mailänder Zeitungsmeldungen Florenz der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Man hatte nach dem Aufruf der Arbeitskammer auf Verhinderung gehofft; tatsächlich aber kam es wieder in allen Stadtteilen zu Schlägereien, bei denen es viele Verwundete und Tote gab. Die Truppen wurden von der Menge angegriffen, wobei zwei Offiziere erschossen wurden. Die von dem florentiner Präfekten angeordnete Straflegung der Presse hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel vom Markt zur Folge. Auch auf dem Lande entstanden in den Provinzen Mittelitaliens heftige Kämpfe zwischen den Guisbestkämpfern und den Agenten der Arbeitskammer, die die Lebensmittel zu beschlagnahmen suchten. Die Guisbestkämpfer wehrten sich mit der Waffe, so daß zahlreiche Verwundungen vorkamen. Der sozialistische Abgeordnete Feselli hat beim Präfekten von Florenz gegen das Vorgehen der Truppen protestiert und ihre Zurückziehung verlangt.

Der Proteststreik des Entente-Proletariats.

Verailles, 6. Juli. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Jouhaux fordert alle gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs zu einem Demonstrationstreik am 21. Juli auf. Hierdurch soll Protest erhoben werden gegen die Intervention der Alliierten in Rußland und Ungarn sowie gegen die Feindung der Lebensmittel. Ferner soll zugleich für die baldige Demobilisierung, die Amnestie und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten eingetreten werden.

Noch kein Schulkompromiß.

Weimar, 6. Juli. Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgennummer aus Weimar die Meldung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung abgeschlossen worden, und es wird der angebliche Wortlaut dieses Kompromisses mitgeteilt. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt: Ein Kompromiß zwischen den beiden genannten Parteien ist nicht abgeschlossen, ebensowenig kann der mitgeteilte Wortlaut irgendwelchen Anspruch auf Authentizität erheben. Es schweben zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen sowohl über die noch offenen Schulfragen wie über andere umstrittene Fragen auf dem Gebiete des Verfassungsentwurfes.

Zurück zum Vormärz.

Weimar, 5. Juli 1919.

Die Verfassung der bürgerlich-kapitalistischen Republik Deutschland hat ihre Krönung erhalten. Mit die „demokratischen Garantien“, die sie enthält, wesentliche Grundrechte, die in ihr niedergelegt sind, stehen nur auf dem Papier. Mit einem Federstrich können sie außer Kraft gesetzt werden, wenn es dem Präsidenten und seinen Hintermännern in der Regierung und dem Reichstag gefällig, der innere Krieg kann von dem Präsidenten erklärt werden, wenn in einem Teile Deutschlands freiere Elemente als im Reichsparlament sich freiere Staatsformen schaffen wollen, als ihnen die Verfassung zugestehet. Das Ausnahmerecht, das jetzt ohne jede gesetzliche Grundlage geübt wird gegen die Parteien der Klassenbewußten Arbeiterschaft, ist durch die Annahme des Artikels 49 der Verfassung legalisiert worden. Diese Verfassung ist nicht die magna charta eines freien Volkes, sondern ein Instrument des Bürgerkrieges zum Schutze des Kapitals und der bürgerlich-rechtssozialistischen Parteiregierung.

Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Verfassung und namentlich den Artikel 49 über den Belagerungszustand als Ausnahmegesetz gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft anwenden wollen. Der Rechtssozialist Ragenstein enthielt mit seltener Schamlosigkeit die Absichten seiner Partei, indem er ausführte, daß früher ähnlich einschneidende Bestimmungen über den Belagerungszustand nicht nötig gewesen wären, denn die revolutionären Bewegungen, die frühere Regierungen zu kämpfen gehabt hätten, seien nichts gewesen im Vergleich zu den jetzigen. Weil also die Rechtssozialisten die Stärke der revolutionären Bewegung in der Arbeiterschaft empfinden, weil sie fühlen, daß ihre Stellung von Tag zu Tag mehr erschüttert wird, darum muß eine Verfassung des Belagerungszustandes geschaffen, die Aufhebung des Post-, Brief-, Telegraphengeheimnisses legalisiert, der Schutz der Person und die Unverletzlichkeit der Wohnung und — bezeichnend für diese Verfassung! — selbst die Unverletzlichkeit des Eigentums durchbrochen werden. Natürlich nicht die Unverletzlichkeit des Eigentums der Privatkapitalisten an den Produktionsmitteln, sondern des Eigentums revolutionärer Parteien an Zeitungsdruckereien und ähnlichen Einrichtungen!

Und auch das genügt den bürgerlichen Parteien nicht! Herr Haas von den Demokraten meldete für seine Freunde die noch weitergehende Verschlechterung des Artikels 49 für die dritte Lesung an. Ihnen sind immer noch zu viele Rautelein und zu viele Rechtsgarantien trotz des Artikels 49 übriggelassen!

Es gab einmal eine Zeit, wo sich die bürgerliche Demokratie in Deutschland gegen Zensur und Zeitungsverbote, gegen willkürliche Verhaftungen und ausnahmegesetzliche Verfolgungen erhob und zur Revolution griff. Die Empörung über die vormärzliche Reaktion rief die Bewegung von 1848 hervor. Heute arbeiten die Demokraten mit aller Kraft, um das wieder zu gerütteln, was trotz der auf 48 folgenden Reaktion an Fortschritten erzielt worden ist. Der Artikel 49 der Reichsverfassung übertreift an reaktionärem Geiste bei weitem das preussische Belagerungszustandsgesetz vom Jahre 1851, er gestattet das Eingreifen militärischer Gewalt bei einfachen Störungen der Ordnung, ohne daß eine Anforderung durch die Zivilbehörden zu erfolgen braucht, er stellt Deutschland unter dauernde Militärherrschaft. Der Zustand, der so geschaffen wird, läßt sich nur vergleichen mit dem Zustand vor 1848.

Zurück zum Vormärz! Das ist die Parole, unter der jetzt bürgerliche Parteien und Rechtssozialisten Verfassungsarbeit machen. Die Nationalversammlung verrät die deutsche Revolution gründlicher, als einst die Liberalen die Revolution von 48 verraten haben. Die Rechtssozialisten überbieten an Untreue gegenüber den Grundfäden des Sozialismus, ja selbst der bürgerlichen Demokratie jetzt selbst das, was sie während des Krieges geleistet haben. In Weimar wird ein reaktionäres Werk vollendet: die Schließung der Revolution und die Stabilisierung der Gegenrevolution. Ein Hohngelächter wird den Verfassungsmachern von Weimar entgegengehalten, wenn sie in Zukunft noch wagen werden, heuchlerisch von Demokratie und demokratischen Garantien zu reden. Diese Verfassung hat mit Demokratie nichts zu tun. Sie ist nichts als ein Scheindemokratisches Gaukelspiel, das die Herrschaft der nackten gegenrevolutionären Gewalt verbürgen soll.

Die deutsche Arbeiterschaft soll unter die Fuchtel eines neuen vormärzlichen Regimes gestellt werden. Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten sind verblendet